

**Antrag 124/II/2025****KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Soziale Beratungsangebote in ASOG-Unterkünften sicherstellen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Ab-  
2 geordnetenhaus Berlin und des Senates auf, mit geeig-  
3 neten Maßnahmen ein ausreichendes, bedarfsgerechtes  
4 Angebot sozialer Beratungs- und Unterstützungsangebo-  
5 ten in den ASOG-Unterkünften sicherzustellen und den  
6 Beschluss 80/I/2023 „Verbesserung der Standards in Un-  
7 terkünften nach ASOG“ endlich verpflichtend umzuset-  
8 zen. Ein Bericht zum Stand der Umsetzung ist zu er-  
9 stellen. In den Verträgen mit den Betreibern von ASOG-  
10 Unterkünften sind die entsprechenden Regelungen künf-  
11 tig aufzunehmen und die regelmäßige Kontrolle der  
12 Einhaltung sicherzustellen. Diese Kontrollen sind künf-  
13 tig zumindest quartalsweise sicherzustellen. Die sozialen  
14 Beratungs- und Unterstützungsangebote müssen auf die  
15 jeweiligen Menschen abgestimmt sein, so bedürfen z.B.  
16 Menschen mit psychischen Erkrankungen andere Ange-  
17 bote, als Alleinerziehende mit Kindern und Flüchtlinge mit  
18 sprachlichen Barrieren.

19

**Begründung**

21 ASOG steht für Allgemeines Gesetz zum Schutz der öf-  
22 fentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin. Menschen,  
23 die aus unterschiedlichsten Gründen kein Obdach haben,  
24 u.a. nach Verlust der Wohnung, erhalten in solchen Ein-  
25 richtungen eine Bleibe.

26

27 „Zentrales Ziel des Senats ist die Gewährleistung einer be-  
28 darfsgerechten und qualitätsgesicherten Unterbringung  
29 für alle von Wohnungslosigkeit bedrohten oder betroffe-  
30 nen Personen, die unterzubringen sind“ (aus der Stellung-  
31 nahme des Senats 2024 zum Antrag 80/I/2023 Verbesse-  
32 rung der Standards in Unterkünften nach ASOG). Die Kon-  
33 trolle der Unterkünfte zur Einhaltung der Mindestanfor-  
34 derungen liegt in der Eigenverantwortung der Bezirke, da-  
35 für müssen diese aber auch personell und finanziell in die  
36 Lage versetzt werden ihrer Kontrollpflicht auch nachkom-  
37 men zu können.

38

39 Die Unterbringung als Notmaßnahme ist eigentlich als  
40 kurzfristige Nothilfe gedacht, allzu oft verbringen die  
41 Menschen in solchen Unterkünften jahrelang ohne Per-  
42 spektive aus diesem System wieder herauszufinden, erst  
43 recht nicht, wenn keine entsprechenden Beratungs- und  
44 Unterstützungsangebote sie erreichen.

45

46 Bei den ASOG-Unterkünften gibt es kleinere mit nur we-  
47 nigen Plätzen, aber auch ganze ehemaliges Hostels u.ä  
48 die angemietet werden. Tagessätze sind dann pro Platz

49 ca. 30 € und damit ein “gefundenes” Verdienstm  
50 auch für dubiose Anbieter. Wegen des Mangels an Wohn-  
51 raum sind der Senat und auch die Bezirke quasi gezwun-  
52 gen fast alles zu nehmen, was sie bekommen können.  
53 In solchen ASOG-Unterkünften sind aber nicht nur Ob-  
54 dachlose, sondern z.B. alleinerziehende Mütter, auch vie-  
55 le Geflüchtete/Ukrainer\*innen, die zuvor schon einmal ei-  
56 ne privat vermietete Wohnung hatten, die dann wegen Ei-  
57 genbedarf gekündigt wurde (zurück in Gemeinschaftsun-  
58 terkünfte für Flüchtlinge können diese dann nicht mehr,  
59 da das LAF, nicht mehr für sie zuständig ist.: 5.000 Kin-  
60 der wohnen in Berlin in solchen Unterkünften, ohne wirk-  
61 liche Perspektive dort wieder herauszufinden. In größe-  
62 ren ASOG-Unterkünften gibt es auch Probleme mit Müll,  
63 Lärm, Drogen und regelmäßige Beschwerden von Anwoh-  
64 nenden. Die Menschen müssen menschenwürdig unter-  
65 gebracht werden und Hilfe erhalten, da ist auch einiges  
66 an sozialen Sprengstoff. Es kostet Geld, gleichwohl ist re-  
67 parieren teurer als Prävention und/oder frühzeitige Hilfe  
68 .